

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Belägen. Es ist Publikationsorgan der genossenschaftlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Geschäftsleitung: Dr. Wierichs 6, Fernsprechnummer: Nr. 2465, 2467, 2468. Persönliche Zustellung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 RM. für Abholer mündlich 0,45 RM. Volkswirtschaft 2,10 RM., durch Vorboten angefordert 2,50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelheft 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Heftanteil der 10 Hefen. Hauptvertriebsstelle: Dr. Wierichs 6, Fernruf 2465, 2467, 2468. Telephonnummer 2019 Uhr.

# Die Lawine rollt / Unser Kampf gegen den Faschismus Nieder mit Hitler!

## Für den Sieg der Eisernen Front / Für Recht, Freiheit, Republik und Sozialismus!

Vor einiger Zeit wurde in einem großen süddeutschen Blatte eine Statistik veröffentlicht über die Veramtlungstätigkeit der politischen Parteien im weiteren Umkreise von Frankfurt a. M. Die Statistik erweist, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm zusammen weitläufig vor allen anderen politischen Parteien und Gruppierungen marschieren, sie zeigen eine Aktivität der Feinde der Republik, die zu denken geben mußte. Jiel auch in die von der Statistik erzielte Jiel das Volksbegehren der Reaktion gegen das demokratische Preußen, dem eine aktive Abwehr nicht entgegengesetzt wurde, so wird dennoch das Bild überaus bedeutsam. Es bildete die Grundlage, auf der sich der Machtwille, der Liebermut und die politische

die Feinde der Verfassung in Respekt. Jiegt, wo abermals in bitterster Notzeit die Feinde der Freiheit nach der Macht greifen wollen, marschieren auf neue die Abwehrfront auf. Es sind nicht mehr Regimenter und Armeen, es ist ein Volk! Es ist nicht das Reichsbanner allein, es ist der einseitige Wille der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Arbeiterpartei und aller Kulturorganisationen der Arbeiterschaft. Es ist der

deshalb das Bekenntnis, daß nur im Bunde mit der Arbeiterschaft die Freiheit Deutschlands und seine Zukunft gesichert werden kann. Es ist aktiver Widerstandswille, der jetzt durchs Land rollt. Die Eisernen Front wartet nicht auf den Tag, an dem der Faschismus zum Schlage ausbrechen will. Sie hängt schon vorher den erhabenen Arm aus. Sie geht zum geistlichen Gegenangriff über. Sie weckt die Lebenskraft für die Freiheit und das Recht, sie dringt vor im Volk. Ihre Gelingen und ihre Aktion ist eine ernste Mahnung. Wer in Deutschland Verfassung und Recht angreift, der wird auf die gesammelte eigene Kraft stoßen. Wer zu den Waffen gegen die Verfassung greifen will, wird die eigene Faust der deutschen Arbeiterschaft zu spüren bekommen.

### „Sie bleiben in der Minderheit“

Unmaßend und größenwahnsinnig, wie die Herren Nazis nun einmal sind, fordern sie tagtäglich den Rücktritt Brüningns und die Uebergabe der Macht an den Schariatan Hitler. Auf dieses Gebühre nach der Macht antwortet die Zentrums-Korrespondenz: „Etwas ist nicht das Feld nicht räumen; denn Hitler hat absolut kein Recht auf die Macht. Er wird sie auch in einer Neuwahl nicht erlangen, wird immer in der Minderheit bleiben.“

### Widerstandswille gegen die Kräfte des Faschismus.

der mehr über diesen Kreis hinaus freilich die Gewerkschaften aus allen Lagern aller aufrichtigen Republikaner aus den bürgerlichen Parteien in seinen Jann sieht. Wer in Deutschland die Demokratie mit Füßen treten und das deutsche Volk knechten will, wird auf den unbeelegbaren Widerstand der Eisernen Front stoßen. Die Spreu des bürgerlichen Indifferenzismus, der Klänge der kleinen Interessentparteien, in denen alle großen politischen Gesichtspunkte durch vorletzten Eigennutz losgeschlagen werden, mag vor dem Angriff des Sozialismus widerstandlos zerfallen — an der Eisernen Front aber wird sich der verborgene Wille zeigen. Deshalb erwarten auch die Kreise des Bürgertums, die noch nicht den letzten Rest von politischem Verstand verloren haben, daß ihr Platz an der Seite der freithellichen Arbeiterschaft

### Was wäre die heutige Reichsregierung

ohne diesen Willen zum Recht, zur Verfassung und zur Freiheit, ohne diesen Willen zum Widerstand gegen alle schädlichen Machtspläne. Was hat die Reichsregierung für die Sache des Rechts und der Freiheit getan, das sich dem vergleichen läßt, was die Organisationen und die Männer der Eisernen Front getan haben. Was die Regierung verflumt, das muß das arbeitende Volk selbst tun. Die Eisernen Front ist der Ausdruck eines neuen Kraftbewußtseins. Die Eisernen Front marschieren. Das Volk horcht auf, es schließt sich an. Schon ändert sich stark das innerpolitische Bild. Immer weiter vorwärts: die Lawine gegen den Faschismus rollt bereits!

### Neuer Schimpfartikel Rosenbergs

München, 20. Januar. (Eigenbericht) In einem hysterischen Schimpfartikel heißt Rosenbergs in dem Münchener Plazblatt seine Dolchstoßpolemik gegen den Reichstanzler Brünning fort. Er nennt den Kanzler einen Mann mit geradezu herausforderndem Mangel an politischer Bildung und einer sprichwörtlichen und grössten Ungeschicklichkeit. In bezug auf die Konferenz von Lausanne und die französische Sabotagepolitik schreit Rosenbergs, daß heute niemand mehr glaubt, mit Brünning noch dauernde Verhandlungen einzuleiten zu können, denn was nütze eine Konferenz, wo man zuerst Brünning gegenübersteht und dann mit Hitler unter ganz anderen Bedingungen von vorn anfangen müßte.

### Sozialdemokratische Erklärung im Haushaltsausschuß des Reichstags

# Mißbilligung der Lohnfürzungen

Der Haushaltsausschuß des Reichstags befaßte sich am Mittwoch in mehrtägiger Aussprache mit der Lage der deutsch-österreichischen Industrie und der finanziellen Inanspruchnahme des Reiches durch die Industrie. Die Beratungen fanden am 10. Oktober geleiteter kommunistischer Antrag zur Beratung, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, seinen Lohnabbau, sondern eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter des Reichs, der Länder, der Gemeinden und der Reichsbahn auf den Stand vom 1. März 1931 vorzunehmen. Der Vorsitzende, Abg. Heilmann (Soj.), machte darauf aufmerksam, daß sich die Lage seit der Einbringung des Antrags erheblich geändert habe durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Eine Neubearbeitung dieser Notverordnung ist formal nur möglich durch ein Antiaufhebesetz. Durch die Begründung des Antrags durch einen der Antragsteller gab Abg. Keit (Soj.) folgende Erklärung ab:

„Wir mißbilligen nicht nur die Lohnfürzungen, von denen die Arbeiter der öffentlichen Betriebe betroffen worden sind, sondern die gleichmäßig angeordneten Lohnfürzungen überhaupt, vor allem auch diejenigen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember verfügt worden sind. Die Löhne oder angestrichelten der bestehenden politischen und parlamentarischen Mandatsträger für die Zeit keine Möglichkeit, diese gleichmäßigen Bestimmungen zu beseitigen und durch bessere zu ersetzen. Eine einfache Aufhebung etwa der Notverordnung vom 8. Dezember würde nicht die Rückgängigmachung der Lohnfürzungen bewirken, sondern zur Folge haben, daß durch ein neue Regierung für die Arbeiter noch viel unangenehmere Bestimmungen getroffen würden. Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder würden sich deshalb an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der eine leere Demonstration darstellt und durch die Ereignisse der Zeit überholt ist, nicht beteiligen.“

### Dreifaltigkeit der Gruppen aufbaute, die sich dann in der Harzburger Front zusammenschlossen haben.

Das ist jetzt anders, ganz anders! Die unerschrockenen Drohungen der Harzburger Front gegen die Demokratie, gegen Recht und Freiheit, gegen die Verfassung der Deutschen Republik, gegen das Recht und das Wesen der Republikaner hat die republikanischen Kräfte in Deutschland aufgereizt. Woche um Woche geht die

# England fragt bei Brüning an

## Reichstanzler wünscht Reparationskonferenz — keine Moratoriumsverlängerung

Auf Veranlassung der englischen Regierung stattete der englische Botschafter in Berlin dem Reichstanzler am Mittwochabend einen Besuch ab, der einer Sondierung der Frage galt, ob die Reichsregierung ein Moratorium um ein Jahr einberufen werden würde. Der Reichstanzler hat die Frage unter Berücksichtigung des Vajecis Sachverständigenratens und unter Bezugnahme auf sein Memorandum-Interview, in dem der Standpunkt Deutschlands zum Reparationsproblem niedergelegt ist, abgelehnt.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die Reparationskonferenz in Lausanne nicht stattfinden wird, verhärtet sich immer mehr.

### Versammlungslawine der Eisernen Front

Weiter, Woche um Woche sind Tausende von Republikanern am Werke, um im ganzen Reich, im Norden und Süden, Osten und Westen, in den Städten und auf dem Lande den Widerstandswillen gegen das schändliche Verbrechen zu wecken und zu stärken! Die Bildung, die Sammlung, der Vorkampf der Eisernen Front: das ist die Antwort des arbeitenden Volkes auf die realen politischen Geistes der Harzburger. Eisernen Front: Das ist der Ausdruck der gesammelten Kraft und des Freiheitswillens der deutschen Arbeiterschaft. Die Führer der Reaktion, die sich dem Glauben hingegen haben, daß eine Schlammschlacht niedriger Demagogie von Lüge und Verleumdung und die Aufstellung einer Bürgerkriegstruppe mit dem Gelde der Reaktion genüge, um die Demokratie einzuschüchtern und die Demokraten in Deutschland totzuschlagen, haben eine falsche Rechnung aufgemacht.

### Die freithelliche deutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht einschüchtern.

Sie ist nicht gewonnen, sich verfluchen zu lassen, weder von außen noch im Innern. Ihr Ziel ist die Freiheit, die Freiheit nach außen im Bunde freier Völker, und die Freiheit nach innen. Die Eisernen Front ist der Hort der deutschen Freiheit, sie ist der Schutzwall der Freiheit der deutschen Nation! Ein Volk, daß sich im Innern verfluchen läßt, könnte auch nach außen niemals frei sein. Nicht im Lager der deutschen Reaktion, die die deutschen Arbeiter zu knechten machen will, sondern im Lager der Arbeiterschaft ist das Ziel der Freiheit und Zukunft Deutschlands.

### Die Regimenter der Freiheit

Im Zeichen der demokratischen Verfassung formierten sich und setzten

### Kammermehrheit für Laval

Schwere Lage der französischen Sozialisten An dem Ausgang der Kammerdebatte über die Regierungserklärung Laval's ist nicht mehr zu zweifeln. Die Regierung wird ihre Mehrheit bekommen, selbst wenn die Sozialisten und die Radikalen aus innerpolitischen Gründen gegen sie stimmen. An einer besonders unangenehmen Lage befinden sich die Sozialisten, die die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands anerkennen, sich aber der Last gegenüber befinden, daß Amerika die Zahlung der Schulden verlangt.

### Der gestürzte RDD.-Halbgott

Er muß sogar sein Gemeinderatsmandat niederlegen Stuttgart, 20. Januar. (Eigenbericht) Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schäffer, der bisher die große agitatorische Kampagne seiner Partei für das ganze Land Württemberg vor, hat nicht nur die Stellung der Agitation niedergelegt, sondern auch aus dem Stützpunkt Gemeinderat auszuscheiden müssen, in den er erst vor wenigen Wochen gewählt worden war. Auch wie bald schwinden Schönheit und Gehalt!

# Was werden die zuständigen Reichsstellen tun? Ein Anfurbelungsprojekt

Professor Wagemann zur Kredit- und Bankreform

Die gegenwärtige Krise, die wie jede kapitalistische Krise vor allem Vertrauenskrise ist, wird sich darin besonders aus, daß die Befähigung von Geld nicht den Mut und die Courage haben, die Welt anzulegen, in ein neues Geschäft hineinzulegen. Die Kreditkrise führt trotz der gegenwärtigen Stillhaltung des Anstandes und trotz der Befreiung von Reparationsabzahlungen zu einem beträchtlich überhöhten Zustand, und an eine Erholung der Wirtschaft ist nicht zu denken. Deshalb ist es notwendig, daß man immer wieder die Frage erörtert, wie man die eingetretene Rezession fördern und wie man den Staat und die Gemeinden von ihnen beträchtlichen schwebenden Schulden befreien kann, wie es möglich ist, die Banken bewegungsunfähig zu machen und eine Klärung der gesamten Wirtschaft herbeizuführen.

Was nach dieser Richtung bisher an Plänen aufgebracht ist, noch zumeist nach Inflation. Die kann sich aber deutlich nicht leisten, einmal, weil Inflation eine sehr teure Angelegenheit ist und weil ja das deutsche Volk, das ja auf dem Gebiet der Inflation Erfahrungen hat, sofort anfangen würde, in Gold zu rechnen, sobald irgendwelche Inflationsmaßnahmen getroffen werden. Alle diese Dinge wollte offenbar ein Plan berücksichtigen, der im Jahre 1924 im öffentlichen Leben lebender Kreise ausgearbeitet ist und der jetzt von seinem Verfasser, dem Präsidenten des Staatlichen Reichsamtes Professor Dr. Wagemann, der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Der Plan zielt auf einen Umbau des deutschen Geld-, Kredit- und Bankwesens hin. Man will diesen Umbau in modernen Formen geben, die unseren hochkapitalistischen Verhältnissen entsprechen. Schon seit Jahrzehnten gibt es die sogenannte bargeldlose Zahlung, die gegenläufige Abrechnung und Aufrechnung von Forderungen, in den Büchern der Banken, im Giroverkehr der Reichsbank, bei den Sparkassen usw. In dieser Art gegenseitiger Verrechnung, von der der Giroverkehr nur eine Art ist, wird genau so in der Volkswirtschaft bezahlt, als ob man mit Noten und mit Gold bezahlte würde. An der Wirtschaft hat sich für diese Art Geld — denn es ist alles Gold, womit überhaupt bezahlt wird — das Wort „Giralgeld“ eingebürgert.

In der Art, wie die meisten Notenbanken arbeiten — das gilt auch für die deutsche Reichsbank — hat man aber diese Anwendung der Zahlungsmethoden bisher kaum beachtet.

Es gibt in der Hauptsache zwei Arten von Zahlungen, für die man Geld braucht. Die eine ist die Kreditgewährung und Schuldensicherung der Wirtschaftsbetriebe, die durch den Abrechnungsvorbehalt mittels des Giralgeldes erfolgt. Benötigt werden hierbei auch die größeren Banknoten von 100 und von 1000 Mark. Die andere ist die Auszahlung von Löhnen und Gehältern und ihre Verwendung zu Einnahmen, was in erster Linie in der Verbrauchswirtschaft erfolgt. Für diese Verbrauchszahlungen haben die Banken hauptsächlich die kleinen Noten von 10, 20 und 50 Mark. In beiden Fällen handelt es sich zwar um Geld, aber es handelt sich um ganz verschiedene Zahlungsumgebungen und Zahlungsmittel. Man hat aber bei der bisherigen Geld- und Bankentwertung diese Verhältnisse überhaupt nicht berücksichtigt und außerdem hat man die Kreditgewährung und Schuldensicherung in der Produktionswirtschaft fast ausschließlich den privaten Banken überlassen.

Die Verfasser des oben erwähnten Planes sehen es nun als eine Folge der in der gegenwärtigen Kreditwirtschaft fehlenden Kontrolle an, daß in Deutschland (auch anderwärts) so massenhaft kurzfristige Kredite für langfristige Zwecke verwendet worden sind, und daß auch wegen dieser Unzulänglichkeit in der Geld- und Bankentwertung die international perurteilte deutsche Kreditkrise aus innerdeutschen Gründen verschärft worden ist.

Hier will man ansetzen, um die Verhältnisse in der deutschen Kredit- und Bankwirtschaft zu bessern. Man legt sich, daß man in erster Linie für eine sorgfältigere Kreditgewährung sorgen muß.

Zu diesem Zweck muß das sogenannte Giralgeld (das Abrechnungsgeld und die großen Noten) auch unter eine Kontrolle gebracht werden, die bisher, soweit die Kreditgewährung selbst in Frage kam, bei den Banken ungenutzt war. Von den Banken werden etwa jährlich 20 Milliarden Mark Kredit für Betriebszwecke gewährt, teils für drei Monate, teils für länger. Für diese Kredite ist den Banken bei der Reichsbank ein bestimmter Prozentsatz (10 Prozent für Kredite bis drei Monate, 3 Prozent für Kredite über 3 Monate) hinterlegen (Giroreserve). Diese Giroreserven soll zusammen mit den vorhandenen Gold- und Devisenbeständen die Deckung für die großen Noten von 1000 Mark sein und zugleich eine größere Sicherheit für die Zahlungsfähigkeit der Banken bieten.

Man will nun aber für alles Geld, das den Konsumverwehler dient, also in erster Linie für die Noten von 10, 20 und 50 Mark, eine neue Art von Deckung schaffen und zwar eine Deckung, wie sie die Vereinigten Staaten schon seit Jahrzehnten eingeführt haben.

Für den Umlauf dieser 10-, 20- und 50-Mark-Noten, der etwa drei Viertel des gesamten Notenumsfanges ausmacht, will man der Reichsbank in Höhe von 3 Milliarden Mark eine ewige ver-

bindliche Staatsschuld des Reiches geben; man legt sich mit Recht, daß für die Deckung der kleinen Noten, die ja fast nur den Zahlungsvorbehalt in der inländischen Verbrauchswirtschaft dienen, Gold und Devisen nicht erforderlich sind. Bei dieser Schöpfung einer ewigen verbindlichen Staatsschuld als Gegenwert für die dem Verbrauchsvorbehalt dienenden Zahlungsmittel der Reichsbank liegt nun der springende Punkt für die praktischen Ziele des Planes.

Die Reichsbank hat gegenwärtig für etwa zwei Milliarden den Markt besetzt und hat entsprechende Kredite gegeben, die in der Wirtschaft eingetoren sind. Die öffentlichen und privaten Banken haben ihrerseits Reich, Städte und Gemeinden kurzfristige Kredite gewährt, die nicht zurückgezahlt werden können. Diese verbindliche Staatsschuld von drei Milliarden soll nun die Grundlage sein, von der aus Reich, Städte und Gemeinden ihre schwebenden Schulden bei den Banken tilgen.

## Schnellverfahren, das feins ist Nazi-Krause ist flüchtig — Erff verkleumden, dann knieen!

Hg. Ruttner hat im Landtag die folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Das durch die viele Rotenordnungen zur Verstärkung des Ehrenschutzes eingeführte Schnellverfahren wird von den Elementen, gegen die es hauptsächlich richtet, planmäßig sabotiert, ohne daß anscheinend die Behörden trotz ihrer Bemühungen Schritte zu schaffen imstande sind. Dafür ein stielantes Beispiel:

Der verantwortliche Sozial-Reaktor des nationalsozialistischen „Angriff“, Willi Krause, sollte sich am 30. Dezember vor dem Schnellgerichtsfriedrich Berlin-Mitte wegen öffentlicher Beleidigung verantworten. Er erschien nicht und entzogen sich teilweise mit Fieber und Betäubungsmitteln. Eine von der Staatsanwaltschaft unternommene polizeiliche Recherche führte zu dem Resultat, daß der angeklagte Krause sich nicht einmal zu Hause aufhielt und nach Auslage seiner Ehefrau seiner Arbeit nachging.

Zu einem neuen Termin, der Anfang Januar stattfinden würde, wurde nunmehr gegen Krause Verhaftungsbefehl erlassen. Dieser konnte jedoch nicht durchgeführt werden, da Krause wieder in seiner

Wohnung, noch in der Redaktion des „Angriff“ angustieren war. Nach Auslage seiner Ehefrau hätte er bereits drei Tage lang nicht in seiner Wohnung geschlafen. Das Gericht erließ nunmehr Haftbefehl gegen Krause. Obwohl dieser Haftbefehl seit 14. Januar 1933 ausgesetzt ist, hat er bisher nicht durchgeführt werden können, da Krause ständig mit unbestimmtem Aufschub seiner Wohnung abwesend ist. Obwohl Krause für die Polizei unzufindbar ist, geht er gleichwohl die erschienenen Nummer des „Angriff“ als verantwortlicher Redakteur.

Wie frage an:  
1. Auf welche Weise gedenkt die Regierung die Durchführung des verurteilten Ehrenschutzes gegen solche Elemente zu sichern, denen es offensichtlich darauf ankommt, Verleumdungen in die Welt zu setzen und sich hinter der Verantwortung mit allen Mitteln zu entziehen.  
2. Hält die Regierung es für angelegen, daß eine Tagessatzung von einem Reaktor verantwortlich gezeichnet wird, der so unzufindbar ist, daß nicht einmal ein gerichtlicher Haftbefehl gegen ihn vollstreckt werden kann?

Wohnung, noch in der Redaktion des „Angriff“ angustieren war. Nach Auslage seiner Ehefrau hätte er bereits drei Tage lang nicht in seiner Wohnung geschlafen. Das Gericht erließ nunmehr Haftbefehl gegen Krause. Obwohl dieser Haftbefehl seit 14. Januar 1933 ausgesetzt ist, hat er bisher nicht durchgeführt werden können, da Krause ständig mit unbestimmtem Aufschub seiner Wohnung abwesend ist. Obwohl Krause für die Polizei unzufindbar ist, geht er gleichwohl die erschienenen Nummer des „Angriff“ als verantwortlicher Redakteur.

Der Plan hat eine sehr weitgehende Kontrolle der Kreditentwertung und damit auch eine verschärfte Überwachung der Banken zur Folge, was wiederum allen Gegnern einer rationellen, den heutigen Notwendigkeiten angepaßten Wirtschaftsführung nicht willkommen ist. Diese Dinge sind schon jetzt so liegen, obwohl es selbstverständlich ist, daß auch wir uns unter absehbare Stellungnahme noch vorbehalten.

## Ohne Gnade!

Geistestranke nationalsozialistischer Mörder

Braunschweig, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Nach einer Mitteilung des braunschweigischen Polizeipräsidenten, ist der einzige bis heute festgenommene Mörder, der am 18. und 19. Oktober v. J. gegen die Weissen Arbeiter wütete, der Nationalsozialist Heymann, aus der Haft entlassen worden, nachdem seine Verhaftung in der Landesstrafanstalt seine Geistestranke ergeben habe. Heymanns Inanspruchnahme im Sinne des § 51 Abs. 2 der Strafverfolgung aus. Dieser für geistestranke erklärte Heymann hat die bestialische Ermordung des Arbeiters Fischer begangen, der durch acht Messerstiche tödlich verletzt, im Blut schwimmend, noch getreten wurde.

## Wieder ein G.K.-Schwindel entlarvt!

Sonauer G.K.-Mann erfindet kommunistischen Ibersfall

Am 5. Januar erschien im „Frankfurter Volksblatt“ (dem Frankfurter Arbeiter) eine groß aufgemachte Meldung von Hanau, wonach am 2. Januar der Bg. Stauby zwischen Wachenbühl und Wilsheimsbühl von drei Kommunisten mit dem Aufseher Hilfer überfallen und mit einem Messer am linken Auge und an der linken Körperseite schwer verletzt worden sei.

Vor der Kriminalpolizei hat der „Ibersfallene“ an, daß er von sieben bis zwölf Uhr nachts demutachtet am Wilsheimsbühl Steinbruch gelegen habe. Auch die Namen der drei Kommunisten, die ihn angeblich überfallen haben sollen, gab er der Polizei bekannt.

Die polizeilichen Ermittlungen haben inzwischen ergeben, daß der ganze „Ibersfall“ ein Schwindel ist.

Stauby befand sich in der fraglichen Zeit, während der er demutachtet gelegen haben will, auf einer Sautour in der benachbarten Ortschaft Hochstadt, die durch ihren Apfelwein bekannt ist. In völlig befohlenem Zustande trat er vor dort aus mit seinem Fahrrad nach Witternadt die Heimreise an. Hierbei ist er gefürzt und hat sich die Verletzungen zugezogen.

Wit seinen falschen Angaben vor der Kriminalpolizei wollte sich der „rauh Kämpfer“ die Unterfertigung aus der G.K.-Passe für „Beschädigung im Dienst“ sichern. Hoffentlich wird er nun wegen wissentlich falscher Anschuldigung belangt!

## Löbe spricht in Breslau Riefenerammlung der Eisernen Front

Breslau, 19. Januar. (Eigenbericht.)

Breslau hat am Dienstagabend den ersten Auftakt zum Jahresmarsch der Eisernen Front erlebt. Reichstagspräsident Brüdermann in einem der größten Säle, der schon weit vor Beginn der Versammlung wegen Überfüllung geschlossen werden mußte, vor etwa 4000 Anwesenden.

Löbe behandelte zunächst die Ursachen der Wirtschaftskrise und befaßte sich lobend mit der Stellung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften zur Frage der Reparationen. Schon in den Tagen von Weimar habe das republikanische Deutschland die Kriegstrübsal, als sinnlose Belastung angesehen. SPD- und Gewerkschaften hätten es jedoch niemals beim bloßen Protest bewenden lassen, sondern versucht, die internationale Lage für den eigentlichen Aufbau jeglichen Chauvinismus reif zu machen.

Wir können in den Ruf mit ein, daß Deutschland jetzt nicht mehr zahlen kann. Die Sozialdemokratie möchte es für höchst bedenklich, wenn Deutschland bei den bevorstehenden internationalen Konferenzen mit neuen Verpflichtungen belastet werden sollte. Dieses Kapitel der Nachkriegsfrage müsse man endlich einmal abschließen.

Die Sparbemühung, die während in den Rotenordnungen zur Anwendung gebracht habe, biete keine Gewähr für einen Wiederaufstieg des Volkes. Sparbemühung führt schließlich zwangsläufig zur Einschränkung der Produktion. Wir Sozialdemokraten richten an die gegenwärtige Regierung die Mahnung, die Lenkung zur Sparbemühung abzuhängen. Das man jetzt in Berlin weitgehende Pläne erörtert, um im Frühling dieses Jahres etwa 1 Million Gewerkschaften in den Produktionsprojekten wieder einzutreten, ist umsohin zu begrüßen. Zur Finanzierung dieser Arbeiten müsse Deutschland wahrscheinlich den Weg der eigenen Kreditvermehrung beschreiten. Die Sozialdemokratie werde in der Frage der Arbeitsbeschaffung rege Unternehmungsgelast an den Tag legen. Das sei der Weg ihrer geschäftlichen Aufgaben löslich.

Zum Schluß betonte Genosse Löbe die Notwendigkeit der Bildung der Eisernen Front: Wir werden es nicht dazu kommen lassen, daß die Faschisten an die Regierung gelangen. Wir werden Verfassungsverbruch und Unterdrückung der Arbeiterschaft mit allen Mitteln verhindern.

## Datenkreuzer bei der Felddienstübung Sie segnen Republikaner an

In Berlin-Kaustdorf durchzogen am Dienstagabend verheerendes Trupps uniformierter Nazis die Straßen. Sie verurteilten sich untereinander wiederholt durch Wisse. Das Ganze wurde dem Eindruck einer sogenannten Felddienstübung. Gegen 21.30 Uhr konnte sich eine größere Anzahl Nationalsozialisten vor einer Gärtnerie und segnete einzelne vorübergehende Republikaner an. Das herbeigerufene Überfallkommando nahm acht uniformierte Hitlerjünglinge fest und führte sie der zuständigen Polizeiwache zu.

# Die Geschäfte der Inneren Mission

Evangelische Zentralbank in Schwierigkeiten

Die Evangelische Zentralbank G. m. b. H. in Berlin, eine der größten Genossenschaftsbanken, ist in erste Bedrängnis geraten. Die Schwierigkeiten hängen mit der Devalve-Affäre zusammen, aus der die Bank einen Zahlungsausbruch an den Zentralausfluß der Inneren Mission herleitet. Bereits in den letzten Tagen sollen Scherz der Evangelischen Zentralbank, die präsentiert wurden, nicht eingelöst worden sein.

Schon im letzten Sommer, als der Devalve-Einbruch ins Rollen kam, wurde angenommen, daß auch die Evangelische Zentralbank mit in den Zusammenbruch des Devalve-Systems hineinfallen würde, wenigstens die Bank mit dieser Affäre nichts zu tun haben, vielmehr in der Hauptsache Bank- und Gebührentilgungen für die Organisationen des Zentralausflusses der Inneren Mission vornahm.

Die jetzt eingetretene Liquidität der Evangelischen Zentralbank soll darauf zurückzuführen sein, daß sie für den Zentralausfluß eine Pauschale in Höhe von 800.000 Mark gegenüber der Dresdner Bank und der Kredit H. G. übernommen habe. Zugunsten sind Verhandlungen zwischen der Direktion der Bank und dem Zentralausfluß im Gange, über deren Ergebnis, wie überhaupt über die Lage der Bank heute noch eine offizielle Verlautbarung erfolgt soll.

Für die gefährdigen Devalve-Sparer dürften die Schwierigkeiten bei der Evangelischen Zentralbank besonders deshalb von Interesse sein, weil zu Beginn der Devalve-Sanierungsaktion Bemühungen von gemäßigter Seite eintraten, dieses ganze Hilfswort über die Evangelische Zentralbank zu legen, wobei schon damals die Behauptung auftraf, daß sich hinter dieser Forderung in Wirklichkeit der Plan verberge, mit Hilfe der Devalve-Sanierung auch gleich die Zentralbank zu sanieren.

# Am Montag wieder Stadtverordnetenversammlung

## Die Ausschüsse machen die Epreiferte fertig

Nachdem unsere Stadtväter im November das letzte Mal zusammengekommen waren, wollten sie nunmehr am kommenden Montag die erste Sitzung im neuen Jahr abhalten. Dieses große Ereignis eine Stadtverordnetenversammlung in diesen Notverordnungszeiten tatsächlich ein Ereignis! — Wirft seine Schatten bereits in den Ausschüssen, die dieser Tage stattfinden bzw. stattfinden, voraus. Bau- und Rechts- und Verfassungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung haben bereits „gelesen“, heute wird der Haushaltungsausschuss seine Sitzung abhalten. Der Bauausschuss beschließt sich gestern mit der Magistratsvorlage über die

### Aufhebung der Grünflächenanlagen im Stadtgebiet Halle

Eine durch Reichsgerichtsurteil geschaffene neue Rechtslage in der Freizeitausnutzung hatte den Magistrat veranlaßt, um etwaigen Entschädigungsansprüchen zu antworten, alle nach dem 18. März 1919 im Gebiet der Stadt Halle vorgenommenen Freizeitausnutzungen zu überprüfen. Danach hatte der Magistrat beschlossene, folgende Freizeitanlagen aufzuheben: Der vorgelebene Grünstreifen im Gelände zwischen Dauten-, Seefener, Artillerie- und Köppler Straße; die Grünflächen westlich der Eisenbahnbrücke; die Freizeitanlagen zwischen Seefener-, Dauten-, Köppler-, Teufel- und Ganselstraße; das Gelände zwischen Köppler Straße, Stadtgraben und Dautenbahn; die Flächen östlich der Seefener Straße bis zur Halberstädter Eisenbahn bzw. zwischen Wöhliger Weg und Eppiner Straße, nördlich der Eppiner Straße zwischen Köppler Straße und Halle-Halberstädter Eisenbahn und zwischen Halle-Halberstädter Bahn und der geplanten Deimhofsstraße; den Grünflächenstreifen für das Gelände zwischen Schlofer- und Weierstraße bzw. Weierstraße und Hofbahnstraße. An der Realisationsunterstützung auf dem Breitenberg werden auf Wunsch der Oberverordnetenversammlung vorgenommen. Die Vorlage wurde vom Bauausschuß der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Der Rechts- und Verfassungsausschuß befaßt sich mit der Magistratsvorlage über ein

### neues Statut

### für die hauswirtsch. des Kranenversicherung

Diese Erneuerung hat sich aus dem Grunde nötig gemacht, weil durch Änderung der Reichsversicherungsordnung die formell noch bestehenden Statute nicht mehr gültig waren. Wir sind nunmehr auf den Inhalt des neuen Statuts kurz einzugehen und zu erwähnen ist die Bestimmung, daß nicht mehr Lohnarbeiten für die Beitragsleistung maßgebend sind, sondern der wirkliche Ar-

beitsverdienst. Die Vorlage wurde gestern mit einigen kleinen Änderungen vom Rechts- und Verfassungsausschuß angenommen. Außerdem hatten die Kommunisten einen Antrag eingebracht, nach dem der Paragraph 42a der Geschäftsordnung zu befeitigen ist. Wie erinnerlich, wurde in einer Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre vom Bürgerklub ein Antrag eingebracht, nach dem die Geschäftsordnung dahingehend abgeändert werden sollte, daß künftighin sämtliche Anträge, die eine Wechselstellung des Etats bedeuten, wenn sie überausperrichtig sind, werden sollen, mit einem eingehenden Finanzierungsbericht verbunden sein müssen. Der Antrag war seither gegen die Stimmen der SPD. und SPD. angenommen worden. Die SPD. hatte seitherseitig Vertretungsanträge der SPD. durch geeignete Maßnahmen. Herr Tagung gewinnlich, damit sie sich über die etwaigen Folgen dieser Änderung klar wurde. An sich war sie selbstverständlich für eine Wiederholung der sich immer wiederholenden, sinnlosen Agitationen hielt in der getriggen Ausfertigung ungezügelter Beirat über Selbstverwaltung, was die Bürgerlichen nicht hinderte, den Antrag auf Wiederherstellung der alten Fassung gegen die Stimmen der SPD. und SPD. abzulehnen.

### Die Diäten der Stadtparlamentarier

Der durch die heutige Notzeit gebotene Jährgang zur Sparanleiht auf allen Gebieten der gemeindlichen Verwaltung läßt auch eine Reduzierung der Entschädigungen der Stadtväter und der Mitglieder gemeindlicher Vertretungsorgane notwendig werden. Die der Amtliche Preussische Prekschrift mittels, daß deshalb der Minister des Innern bestimmt, daß Entschädigungen, die hinausgehen über eine angemessene Schadloshaltung für Zeitaufwand, Müheverwaltung und tatsächliche Unkosten, die mit einer derartigen Tätigkeit verbunden sind, auf das hierfür erforderliche Maß zurückgeführt werden müssen. Insbesondere weist der Minister darauf hin, daß es nicht unzulässig werden kann, daß Ehrenbeamten Entschädigungen gewährt werden, die der Befolgung entprechender Berufspflichten gleichkommen. Daneben wird aber auch zu prüfen sein, inwieweit eine bisher als angemessen erachtete Entschädigung mit Rücksicht darauf herabzusetzen ist, daß der zu entrichtende Nachteil (z. B. Fahrkosten, Zeitverlust, entgangener Arbeitsverdienst) sich infolge Preis- und Lohnsteigerung auf eine geringere Summe beläuft. Die Mitglieder des hiesigen Stadtverordnetenkollegiums erhalten für jede Sitzung und Versammlung 3 RM. Die unbesoldeten Magistratsmitglieder einen Zuschußbetrag von 100 RM. im Monat, ohne Rücksicht auf die Zahl der Sitzungen. Auch wenn man die Freifahrt auf der Straßenbahn hinzurechnet, kann man wohl nicht sagen, daß hier Anlaß zur Anwendung des Sparerlasses vorläge.

# Helft mit am Preisabbau!

## Die Gewerkschaften an die werktätige Bevölkerung der Stadt Halle!

Durch die letzte Notverordnung ist das Einkommen der werktätigen Bevölkerung, aller Lohn- und Gehaltsempfänger in weitestem Umfang gesenkt worden und dadurch die Kaufkraft breiterer Volksschichten weiter gesunken. Die von der Regierung angeführte Preissteigerung ist demnach umso größer, als die Kaufkraft durch die Unzulänglichkeit beherrschender Stellen, wirkungslos zu bleiben. Das Preisniveau im Handel bleibt entweder auf der bisherigen Höhe oder sinkt nur ganz zögernd und langsam zurück. In den meistaus meistem Fällen fehlt es auch am guten Willen, die Preise zu senken. Durch Einkommensminderung bedingten geringeren Umsatz verjagt man durch höhere Umlaufumsätze auszugleichen. Diese Beobachtungen sind auch besonders in der Stadt Halle gemacht worden. Diese unhaltbaren Zustände können nur unter aktiver Mit-

hilfe der werktätigen Bevölkerung und der Konsumenten bekämpft werden.

In alle ergeht die Aufforderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhwerk, Kleidung, Heizungsmaterial, sämtlicher Bedarfsartikel usw. sofort zu kontrollieren, nur solche Geschäfte zu besuchen, die sich mit den Preisen den veränderten Verhältnissen anpassen haben.

Nur wenn die Bevölkerung es selbst ablehnt, jeden geforderten Preis zu zahlen und sich nicht mit überhöhten Preisen zufrieden, kann die notwendige und durchaus mögliche Preisreduzierung in weitestem Umfang erzwungen werden.

Aber, der höhere Preis nimmt als berechtigt, am besten Rücksicht auf die große Not vieler Volksgenossen, muß an den Preisträger der Dankschuldigkeit. Deshalb helft alle mit, die Lösung ist: **Beamer mit den Preisen!**

# Nazistudenten drohen wieder mit Auszug

## Eine Kolossalgeste zur Einschüchterung der Dozenten - Professor Boehmer stellt sich auf die Seite der Studenten - Professor Dehn wird durch Verstoß von Karikaturen verhöhnt

Gestern Abend fand in der „Saalshöhrer“ eine von den sogenannten Deutschen Studentenchafts-entbehrten Studentenbörse statt, in der man zum Fall Dehn erneut „Stellung“ nahm. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle. Da jedoch dem Berichtserfasser des „Saalblatt“, wie allen als republikanisch bekannten Studenten der Zutritt zu der Versammlung verweigert wurde, können wir uns hier nur auf Mitteilungen stützen, die uns ein parteiloses Student madt.

In der Studenten-„Höhrer“, die aber im wesentlichen nur von Nazis besucht war, wurde der Befehl erteilt, in den kommenden Semestern solle nicht mehr ausziehen, wenn Dehn nicht verschände. Zu diesem Befehl sprach als erster der Vorsitzende der „Deutschen Studentenchaft“ Jena, der sich in wüsten Beschimpfungen gegen

forderte die Studenten auf, Opfer zu bringen, wobei er wahrscheinlich die Opferung des schönen Verbindungsbaues meint. Anschließend verlas der Vorsitzende der Deutschen Studentenchaft Dohle, Börner, eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die Kraft zwischen Parer Dehn und uns ist noch größer geworden. Wir weisen alle Beleidigungen Dehns auf das schärfste zurück, kämpfen weiter, solange er an der Universität Halle lehrte, und werden bis dahin alle Kommittees abzulassen versuchen, die Universität Halle in den kommenden Semestern aufzulösen.“

Als Beweis für die neue, auch nicht geschmackvolle, dafür aber „legale“ Kampfmethode wurden von Karikaturgenossen von Dehn verlesen.

Die Karikaturisten wollen nun ausziehen. Ob sie es tun und

ihre Verbindungsbaue opfern werden? Die vernünftigen Studenten würden sich wohl nicht allzu sehr ärgern.

Uns erscheint diese Veranstaltung als nichts weiter denn eine Drohkgeste, mit der man die sich einschüchterte Dozentenchaft ganz für sich einfangen will. Die Studentenchaft wird sich schon hüten, den angebotenen Exkurs zu vollziehen — die Aufgabe der Studentenbörse ist immerhin keine Kleinigkeit! An einer Stelle wird so auch von Herrn Börner klein beigetragen, indem gesagt wird, daß man künftig nur versuchen wolle, die Kommittees von einem Besuch der hallischen Hochschule abzuhalten. Aber auch diese Drohung dürfte nicht durchzuführen werden, da die Verbindungen sich auch durch diese Maßnahmen nur ins eigene Fleisch schneiden würden. Es bleibt tatsächlich nichts weiter übrig als eine kolossale Geste, mit der es der sogenannten Deutschen Studentenchaft velleicht gelingen wird, der von jenen rüdfaktischen Dozenten einschüchtert, mit der sie aber nie erreichen wird, daß das preussische Kultusministerium auch nur eine Sandreibe von dem von ihr als richtig und gerecht erkannten Standpunkt abweicht.

### die deutsche Republik, das Werk von Lumpen und Verdrägen,

ergibt. Die Studenten ließen sich nicht beschimpfen, sie würden in ihrem Kampfe, den sie aus Idealismus, nicht, wie Dehn sage, aus Dummheit, führten, ausbarren, bis Dehn von dem Beifall beschwunden wäre. Hierauf trat der Dehn der juristischen Fakultät, Herr Prof. Boehmer, der äußerte sich demgemäß, zu erklären, er und die Mehrheit, die überwaltigende Menge der Dozenten, länden mit ganzem Herzen auf Seiten der Studenten. Er wäre allerdings „nur legale Mittel“, wie Eifer, der Führer vieler Studenten, anzuwenden, damit sich nicht die Vorgänge vom 2. und 4. November wiederholten. Boehmer beschränkte den 4. November als den schwärzesten Tag in der Geschichte der Universität, den Tag, an dem die armen, unfähigen Studenten so furchtbar von der bösen Politik behandelt worden seien. Im übrigen halte auch er für untragbar, daß Dehn noch länger einen Lehrstuhl innehatte und forderte die Studenten auf, dafür Sorge zu tragen, daß endlich

### dem wüßigen Gedanken zum Siege verholfen werde.

Nachdem der Herr Professor am Vorhandenheit Platz genommen hatte, ergriß der Vorsitzende der theologischen Fakultät, das Wort. Herr Rothmann, der sich als der Vertreter der Front-Dozenten bezeichnete, ermahnte seine Beifall trampelnden Kommittees, im Geiste der Toten von Langemarck zu handeln und nicht zu dulden,

daß ein Hochschullehrer die Jugend verführe und sie unfähig mache, das deutsche Volk von den Fesseln des Schandbetrages von Versailles zu befreien und wobei er noch von dem herab mit unangenehmen Mitteln unterhielt wurde.

(Doch wirklich eine unangenehme Beantwortung! Als ob ein deutscher Politiker das Beschaffen Diktat billige oder verteidige!) Er

# Von 6 hallischen Zimmerern sind 5 arbeitslos

## Der Zimmerverband widersteht trotzdem dem Krisensturm

In der Generalversammlung der Jahressitzung des Zimmererverbandes erstattete der Vorsitzende Bericht über den Jahresverlauf. Im vergangenen Jahre betrug die Arbeitslosigkeit im Jahre im Januar 76 Prozent und im Dezember 84 Prozent einschließlich der Beurlaubten. Auch während der Sommermonate ist sie nicht unter diesen Prozentzahlen gesunken. Das bedeutet, daß die Zimmererbranche nach wie eine in die tiefste Krise verfallen ist. Bei dem im April 1931 aufgegebenen Lohnkampf um die Anerkennung des durch Schiedspruch festgelegten Stundenlohns standen 36 Mitglieder im Streit, da nicht mehr Verbandsmitglieder in Arbeit waren. Der Stundenlohn betrug am Anfang des Jahres 1,25 RM und nach der durch die Notverordnung vom 8. Dezember durchgeführten obermässigen Lohnsenkung 1,03 RM. Da auch die Karrenfahrer die trüben wirtschaftlichen Verhältnisse widerpiegeln und eine Wegnahme in der Lokalfalle von rund 3000 RM zu verzeichnen ist, wurde von der Verammlung die Einführung einer Pflichtkassen zur Hilfe der Mitglieder nach längerer Debatte beschlossen. Diese Frage ist in den Beschlüssen durchgedrungen und abgeschlossen werden, damit mit dieser Einführung baldmöglichst begonnen werden und die Lokalfalle ihre im Interesse der Mitglieder liegenden Aufgaben und Verpflichtungen erfüllen kann.

Die Mitgliederzahl konnte nicht auf über ein Jahresanfang vorhanden über gehalten werden, da einmal die Mitglieder in Halle einen eigenen Laden aufgegeben und an ihre Parteimitglieder den Befehl ergoßen hatte, aus dem Bauarbeiterverband auszutreten und sich dem „Roten Bauarbeiterverband“ anzuschließen.

und zum anderen auch, weil eine Anzahl Mitglieder, die jahrelang arbeitslos waren, sich regimierend zurückgezogen haben. Bei der Vorstandsarbeit fanden dem alten Vorstand viele Gegenkandidaten gegenüber. Diese bekamen aber nur eine kleine Minderheit der Stimmen, so daß der alte Vorstand mit einer Ausnahme wieder seine Funktion übertragen erhielt.

Eine Entschädigung die sich gegen die Notverordnungsbeschlüsse wendet und die Einzelkämpfer oder Arbeiter durch Zusammenfassung der proletarischen Organisationen vom Ortsausschuß des ADGB zum Kampf gegen den Faschismus fordert, wurde angenommen.

### Drei kommunistische Stadträte „a. D.“

Vor dem Bezirksausschuß in Merseburg wurden gestern die Disziplinerverfahren gegen die drei kommunistischen Stadträte Härtel, Claus und Claus zu Ende geführt. Weil sie sich an der bekannten Steuerreformkommission aus dem Sommer 1930 beteiligt hatten, was gegen sie ein Verfahren auf Entziehung aus dem Amt eingeleitet wurde. Nachdem im ordentlichen Gerichtsverfahren bereits eine Beurteilung erfolgt ist, lag für den Bezirksausschuß der Landverwalt. Kom. Gemäß den bestimmten Erlassen der Staatsregierung lautete das Urteil auf Entziehung aus dem Amt. Kundlich wurde jedoch betont, daß nicht die bloße Zugehörigkeit zur KPD, sondern die führende Beteiligung auf einem gegen die bestehenden Gesetze und die Autorität



# Verbot der Bürgerkriegs-Manöver

## Das Preussen-Parlament billigt die polizeiliche Schutzverordnung der Regierung

Der Preussische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit den in letzter Zeit erlassenen Polizeiverordnungen.

Zur Verordnung des Innenministers über das Verbot nächtlicher Geländebewegungen und Wärsche vom 20. November 1931, die in der Zeit von 17 bis 1 Uhr Gelände- und Ordnungsbewegungen und Vorbereitungen dazu sowie alle Wärsche in geschlossener Ordnung unter freiem Himmel verbietet, erklärt

Abg. Franzische (Dn.), daß diese Bestimmung, die auf den ersten Blick etwas Gutes zu wollen scheint, durch das Verbot von Wärschen in geschlossener Ordnung die polizeiliche Verantwortung schwerer beeinträchtigt. Diese Verantwortung müsse um so schwerer, als die Verordnung sechs Monate in Kraft bleiben solle und somit auch in die Zeit des preussischen Wahlkampfes falle. Die Verordnung enthalte zahlreiche Unklarheiten, so daß es den Anschein habe, als ob sie bewußt hineingebracht worden seien. Die kaufmännischen Ausführungsbestimmungen verletzten nur die Rechtsunsicherheit und schufen die Möglichkeit zweierlei Rechtsanwendung. Die Behinderung nationaler Werbebetätigt sei offenbar der Hauptgrund für den Erlass dieser Verordnung gewesen. Der Redner beantragt namens der deutschnationalen Fraktion die Aufhebung der Verordnung.

Abg. Kapfer (Komm.) spricht seine Verbundenheit über die Ausführungen des Vorredners aus, der als Vertreter des „Stahlhelms“ zu einer Kritik an der Polizeiverordnung nicht die Veranlassung habe. Man könne vielmehr eine sehr entgegenkommene Haltung der Polizei gegenüber den Faschisten feststellen.

Abg. Farnisch (Soz.) ist der Ansicht, daß, wenn die preussische Regierung wegen der letzten Polizeiverordnungen des Innenministers zu tabeln sei, sich dieser Tadel nur darauf beziehen könne, daß die Verordnungen zu spät erlassen worden seien. Wenn die Kommunisten immer wieder dagegen protestierten, daß Maßnahmen der Faschisten nicht verhindern würden, nun aber gegen das erfolgte Verbot Sturm liehen, so sei das infolge. Trotz des Verbotes nächtlicher Uebungen habe die sozialdemokratische Presse über solche rechtsgerichteter Verbände in der Gifel und in Schläfen berichten können. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer strengeren Durchföhrung der Verordnung.

Zu dem heutigen Vorfall in Berlin-Reinickendorf gibt der Redner der Ansicht Ausdruck, daß es sich um einen

hochoorbereiteten Überfall von Nationalsozialisten auf die

Kolonie Felsenk

handele. Es müße eine strenge Untersuchung erfolgen, wie trotz der Polizeiverordnung ein geschlossener Marsch von 200 Nationalsozialisten möglich gewesen sei. In den letzten Tagen sei in Berlin ein dritter Überfall von Nationalsozialisten auf einen Polizeibeamten verübt worden, über den die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet gewesen sei. Der verlesene Polizeibeamte liege noch heute im Krankenhaus. Die angeordnete Abschiebung und das Verbot der Abgabe von Sieb- oder Stog-

haufen an Personen unter 20 Jahre sei zu begründen. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbotes nächtlicher Geländebewegungen und Wärsche wird gegen die Antragsteller und die Deutschnationalen abgelehnt. Die Verordnung selbst wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, ebenso, ohne Aussprache, die Verordnung gegen den Verkauf von Sieb- oder Stoghaufen an Personen unter 20 Jahre. In bezug auf die Beratung der

Verordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage

bermerkt Abg. Dr. von Gersdorff (Dn.), daß an sich die Zusammenfassung des geltenden Rechts durchaus zu begrüßen sei. Der Redner wendet sich dagegen, daß der Totensonntag und der erste Weihnachtstag sowie der erste Osterfeiertag nicht mehr den gleichen besonders starken Schutz genießen sollten wie bisher. Allgemein sei zu wünschen, daß alle Mitglieder der Bevölkerung die hohen Feiertage der Konfessionen gleichmäßig beachten.

Abg. Fladung (Komm.) lehnt die Verordnung als Unterstüfung der Reaktion und der Faschisten ab.

Abg. Meyer-Gersdorf (Dn.) meint, daß der Bedeutung des Totensonntages nicht genügend Rechnung getragen sei; er hätte dem Karfreitag gleichgestellt werden müssen, ebenso wie es besser gewesen wäre, wenn der erste Weihnachtstag wie früher von Tanzbelustigungen freigehalten werde. Im großen und ganzen könne man der Verordnung zustimmen. Gegenüber dem Abg. v. Gersdorff (Dn.) erklärt ein Regierungsvertreter den Begriff der unmittelbaren Störung des Gottesdienstes durch öffentliche Aufzüge und sagt, daß nach Ansicht der Regierung der Schutz des Hauptgottesdienstes durch die Verordnung gewährleistet sei.

Die Verordnung wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt und hierauf die Polizeiverordnung über die

Errichtung vorläufiger Kleinfeuerstellen

beraten.

Abg. Weiffenmeier (Dn.) unterstreicht die Notwendigkeit dieser Zielungen, die jedoch ihrem Mann eine volle Ueberwachung bieten müßten. Die kleineren Zielungen hingegen seien nur als zufällige Maßnahme brauchbar. Der Redner tritt schließlich für die Interzession der Kleinfeuerler ein und bezieht sich auf die Jurisdiktion einzelner Behörden die

Verordnung.

Abg. Braun (Komm.) lehnt die Verordnung ab, weil sie nach dem Grundged der Arbeitsdienstpflicht erlassen sei und sich

scharf gegen das Proletariat richte.

Abg. Hestermann (Dn.) bezeichnet die vorläufige Kleinfeuerstellung als ein Experiment. In der augenblicklichen Notzeit wolle er sich nicht dagegen aussprechen, weil dadurch zahlreiche Erwerbslose beschäftigt würden. Grundtätigkeit sei die Beschäftigung des flachen Landes, besonders der städtischen Grenzgebiete und anderer dünn besiedelter Gebiete zu fordern. Unter Ablehnung eines deutschnationalen Antrages, der Auszubereitungen verlangte, wird die Verordnung zur Kenntnis genommen.

Das Haus nimmt dann die Beratung eines gemeinsamen Antrages der Regierungsparteien vor, der die Möglichkeit, durch namentliche Abstimmungen im Landtag Durchführung zu treiben, verbietet. Während nach der geltenden Geschäftsordnung namentliche Abstimmungen in jedem Fall erfolgen müssen, wenn 30 Abgeordnete es verlangen, will der Antrag der Regierungsparteien diese Maß-Bestimmung in eine Rann-Vorschrift umwandeln.

Abg. Leinert (Soz.)

erklärt, die Parteien der Fortschrittlichen Front würden sich zwar

feiner Augenbedürfnisse, die Rechte der Minderheit zu berücksichtigen. Die Regierungsparteien wollen aber nur die

Verwirklichung der Mehrheit durch die Minderheit zum Wohle des Volkes herbeiführen. Er beantragt, den Antrag der Regierungsparteien dem Geschäftsbordungsaus-

schuß zu übermitteln.

Der Antrag wird dem Geschäftsbordungsaus-

schuß übermitten.

Nach 18 Uhr verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr

Anträge zur preussischen Rotverordnung.

## Die mitteldeutschen Chemie-, Gummi- und Papierarbeiter zur Lohnsentung durch die 4. Rotverordnung

Eine von 140 Delegierten von den an den Tarifverträgen beteiligten Gewerkschaften der Chemie-, Gummi- und Papierarbeiter in Halle statt

„Volkspart“ in Halle statt. Gewerkschaften der Chemie-, Gummi- und Papierarbeiter referierte. 8 Delegierte sprachen in der Diskussion. In folgender Entscheidung wurde die Meinung der Konferenz zum Ausdruck gebracht.

„Die am Sonntag, dem 17. Januar 1932 in Halle a. S. im „Volkspart“ tagende Konferenz für die Arbeiter der chemischen, Gummi- und Papierindustrie nimmt Stellung zu dem Lohnabtrag gemäß der 4. Rotverordnung.

Die neue Lohnsentung durch die 4. Rotverordnung bringt es mit sich, daß der Arbeiter nicht mehr möglich ist, für sich und für die Familie die unbedingt notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel zu beschaffen.

Der Reallohn des Arbeiters ist infolge der Kurzarbeit gegenüber dem Jahre 1928 bis zu 30 Prozent gesunken. Diese Senkung des Reallohnes müßte auch der Regierung bekannt sein. Um so unverständlicher ist es, daß die Regierung durch Rotverordnung noch einmal eine tarifliche Lohnsentung von 10 bis 15 Prozent verordnet, die sich noch weiter schärfen auswirkt.

Die Veranlassung für diese Maßnahme haben in vollem Umfange die Unternehmungen und die Regierung selbst zu tragen.

Die Konferenz ermahnt die Regierung die in der Rotverordnung festgesetzte Preisentlastung recht bald in für den Arbeiterzustand günstiger Weise durchzuführen.

Die Konferenz behauptet, daß die Regierung bisher keine Maßnahmen getroffen hat, um ein Arbeitsprogramm zu schaffen, das die außerordentlich große Arbeitslosigkeit einbäumt resp. beseitigt. Die Konferenz beantragt die Gewerkschaften, zusammenzuschließen im DGB, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die harten Auswirkungen der Rotverordnung zu beseitigen.

Zu dieser Hinsicht beruht die Konferenz einmütig den Standpunkt, daß die Gewerkschaften unerschrocken zu kämpfen. Die jetzt herrschende wirtschaftliche Depression darf nicht auszunutzen, sondern muß Aktivität des einzelnen mit sich bringen.“

## Stadttheater Halle:

### Hindu-Gastspiel

Seit Ghans seinen hartnäckigen Kampf gegen das britische Kolonialsystem führt, ist das indische Viertel reich auch bei uns früher in das öffentliche Interesse geriet worden. Das Gastspiel einer indischen Tanz- und Musikgruppe findet so naturgemäß stärkere Beachtung. Im heiligen Stadttheater gab gestern die Hindu-Tanzgruppe Uday Chandra und Simla mit einem Hindu-Choreographen, von der Berliner Kolonialausstellung kommend, einen originellen und fesselnden Einblick in ihre geheimnisvolle Welt. Zu den Hindus gehören über 200 Millionen Menschen in Indien. Sie pflegen, im Gegensatz zu dem moderneren Buddhismus, den Glauben an eine Vielgötter von Göttern, unter denen Indra, Siva und Shiva die bekanntesten sind. Charakteristisch für den Brahmanismus genannten Glauben der Hindu ist auch die Seelenwanderung, die Inkarnation. Selbst ihre Götter machen verschiedene Entwicklungsstufen durch.

Die Kunst der Hindu gilt ausschließlich dem Götterkult. Sie ist also — oder war es bisher — noch frei von der abendlichen Auffassung der Kunst um der Kunst willen, eines Zweckes, von dem in unserer Zeit die betont sozialistische Kulturzeit auch wieder absieht. Diese indische Kunst, die also nur religiösen Zwecken gewidmet war, durchdringt diesen Grundged, wenn sie, wie es hier geschieht, Gastspielreisen durch Europa unternimmt. Es wiederholt sich demnach auch in Indien, wie überall, die Erscheinung, daß die alte, bodenständige, im Volkstum wurzelnde Kultur von den ausen kommenden Einflüssen bedrängt und schließlich verdrängt wird und zuletzt nur noch als Schaustück, wie z. B. viele alte Volkstänze und -Gebäude bei uns, übrig bleibt. Das hohe Entwürfnis jetzt auch in Indien einzuleiten beginnt, von Europa, Asien und Amerika bewirkt, wurde auch gestern in der Einleitung zu den Darstellungen der Hindu festgelegt.

Demnach ist das, was uns die Hindu zeigten, noch ursprünglichere, originale Hindu-Kunst. Es war ein unergleichliches Erlebnis, diese eigenartigen Wesen der indischen Kunst zu hören und das unerhört gelöste Spiel der Tänzer in feiner eigenartiger Abkürzung zu schauen. Ueberaus zahlreich sind die eigenartigen Hindu- und Orchester, 56 führt diese Gruppe mit. Wie leben da Kunst- und Streichinstrumente, deren Klang ganz wunderbar ist, kann Sitar, von einer Zartheit des Tons, wie man ihn noch nicht gehört, der weiteren Tönen und Reden der verschiedensten Art. Am zusehender sind die Bandinstrumente. Erkundigt, wieviel Töne der Hindu auf der Trommel hervorbringen. Auf Musikanten hängt in höchster Weise von der Erfindung- und Auslegungsgabe des Spielenden ab.

Ganz hervorragend der Tanz der Hindu. Dieses fließende Götterspiel offenbar eine Hingabe, ein Darin-Ausgehen des zur Erlebe, wie man es eben nur bei orientalischen Wesen findet. Was man dem abendlichen Interpreten an indischer Kunstanschauung vorzulegen bekommt, ist dochgen der reinste Klampf.

Neben einer ganzen Reihe Einzelgänge und Musikstücke in der verschiedensten Wirkung gab es zum Schluß ein Tanzdrama aus der Mythologie von der Got Shiva, das die Hindu auch als Meister der Götter zeigte. Die Hindu fanden starken Beifall, der sie sogar — was ihnen bei der großen Hingabe an ihr Werk nicht leicht fällt — zu Wiederholungen veranlaßte. —lx.



Der Haupttänzer der Hindu.

## Händel-Boelke-Fest

des Händel-Quartetts und Lini Schütz.

Drei-Regen-Loge, Halle.

Auch das in Halle anstehende Händel-Quartett muß das Händel-Boelke-Fest nicht vorbegehen lassen, ohne einen Abend diesen beiden Großen zu widmen. Boelke allerdings kam eigentlich nur mit dem Vortrag zweier Lieder zu Wort; die Suite „Mit Weimar“ von Alfred Schütz hat mit ihm recht wenig zu tun. Seine letzter Gedächtnisgaben nur den Vortritt zur Komposition. So hätte man am liebsten besser getan, die Bekanntheit mit diesem Werk des heiligen Komponisten an einem anderen Abend zu vermitteln, wäre dadurch gleich zu einem nicht zu überlassenen Programm gekommen und hätte außerdem noch Quartette Gubens ganz bringen können.

Das Händel-Quartett führte sich in feiner neuer Bewegung (Arthur Schnitzler, Hans Bülow, Richard Süsskind und der auch in Halle nachstehende Cellist Fritz Schertz) recht gut ein, wenn auch das Membranenspiel, nach dem die letzte Seite erklingen hat, wie mit der etwas vorletzten Zeit an glücklicher Stelle beim

## Filmwoche

Zu Befehl, Herr Unteroffizier!

Kittlerhaus-Bildspiele Halle.

Man könnte nach diesem Titel meinen, der Film sei eine Militärrevue jenseits, nur in so letzte Zeit in übertriebenem Maße gesehen wurden. Der erste Filmabend bringt den Film, wie es seine Benennung besagt. Aber gibt es auch hier keine Militärrevue, die sich im Film immer sehr leicht auszeichnet, die in so vielen Fällen häufig angibt. Der Filmabend bringt den Film, wie es seine Benennung besagt. Aber gibt es auch hier keine Militärrevue, die sich im Film immer sehr leicht auszeichnet, die in so vielen Fällen häufig angibt. Der Filmabend bringt den Film, wie es seine Benennung besagt. Aber gibt es auch hier keine Militärrevue, die sich im Film immer sehr leicht auszeichnet, die in so vielen Fällen häufig angibt.





# Kreis Dessau

Dessau (Stadt)

## Bürgerlicher Stadtverordneten-Vorsteher, ein Erfolg kommunistischen „Klassenkampfes“

Kommunistische Rederitis - Erleichternde Zahlen

Nun hat auch das Dessauer Stadtverordneten-Kollegium sein neues und doch altes Präsidium. Da die beiden Linientreuen Kommunisten die Abfassung einer Entschliessung für wichtiger hielten, als die Entschliessung für einen linken Vorsteherkandidaten, war es unmöglich, die Chance der gleichen Mandatsverteilung von links und rechts für die Linke auszunutzen. Also wurde wieder Stadtverordneten-Vorsteher der bürgerliche Vertreter Scharuhn. Damit die Linke doch nicht verlor, wurde zu seinem Stellvertreter der Beamtenvertreter Richterl gewählt.

Gleich nach der Wahlordnung warnte Gehardt (SPD), die schon in der letzten Sitzung eingebrachte Entschliessung nebst dazu gehörender langer Rede gegen die letzte Novorderordnung auf mit dem gleichen Erfolge, daß der Vorsteher sie gar nicht zur Abstimmung brachte. Der Magistrat hat dem in letzter Sitzung mit Mehrheit angenommenen Antrag der SPD, zugestimmt, wonach für Wohnungen über 300 M. Friedensmiete bei der Regierung die

### Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft

beantragt werden soll. Gegen die beiden Linientreuen wurde beschloffen, auf die städtische Wohnungszwangswirtschaft der Kreissteuerordnung zu verzichten. Der finanzielle Ertrag bleibt der gleiche. Desgleichen wurde der Befreiung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer als Wassersteuer von 130 auf 120 Prozent zugestimmt. Die SPD-Fraktion hatte in den letzten Sitzungen sich ganz entschieden dagegen gemeldet, weil nachteilige Folgen für das Wassernetz nicht ganz ausgeschlossen sind. Möglicherweise hat der Magistrat nun auch seinen, dem der SPD, entsprechenden, Standpunkt geändert. Wenn das Wassernetz unter dem Beschluß zu leiden hat, trifft ihn die volle Verantwortung.

In Zukunft sollen Verpachtungen, Vermietungen und dergleichen, soweit ihr Wert 30 M. nicht übersteigt, nicht mehr vor das Kollegium zur Beschlußfassung gebracht werden, wenn der Magistrat den entsprechenden Beschlüssen der Deputationen beigetreten ist.

### Längere Aussprache erforderte wieder die Beratung von Unterfüllungsanträgen.

Die Gewerkschaften hatten Vorschläge eingereicht, an deren Durchführung nicht zu denken ist. Ein von dem Dessauer durchführbarkeitsausschuss ist herbeigeführt. Damit steht fest, daß den kommunistischen Vertretern nicht die zu erreichende Höhe, sondern die Möglichkeit, Agitation zu treiben, die Hauptziele sind. Der Vorschlag war es schließlich, sich von der SPD, angefordert wurden, nun doch einmal mit ihrem Hilfsprogramm an Tageslicht zu kommen, das sie in der letzten Sitzung so großartig angefeindet hatten. Sie kamen aber der Aufforderung nicht nach, weil sie nämlich kein Programm besaßen. Als darauf die SPD, erklärte, das Verhalten der Beamten in der vorigen Sitzung sei fauler

dieses Gehalts ist sehr viele Minderer findet. Während der Sitzung kam es wiederholt zu Zwischenfällen seitens der Zuhörer.

Freiburg. Sprechstunden für Erwerbslosenangelegenheiten hat der Magistrat mit fortiger Wirkung Dienstags und Freitags von 10 bis 11 Uhr vormittags eingerichtet.

## Saalkreis

### von Krosigk gestorben

Der letzte königliche Landrat des Saalkreises, Dietrich von Krosigk, ist am Dienstag gestorben. Der Verlebte war ein Vertreter des konventionellen Preußens. Als solcher fungierte er auch vor dem Kriege als Stellvertreter der konventionellen „Saalkreis-Zeitung“ die das damalige „Königliche Amtsblatt“ war. Später wurde diese Zeitung bekanntlich von Herrn Ziehe gekauft, unter dem sie schließlich ganz eingegangen ist. von Krosigk hat auch die Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld mitgegründet.

## Kreis Wittenberg

### Schon wieder Selbstmord auf den Schienen

Jahna, den 21. Januar. Gestern abend 20 Uhr wurde der Aufsichtsratschef Hans Flosch, geboten am 27. Juni 1914 in Berlin, wohnhaft in Jahna bei Aufsichtsdirektor Werner, auf dem Gleis Halle-Berlin bei Kilometer 86,920 vom FD-Zug 79 überfahren und sofort getötet. Nach dem Befund kann nur Selbstmord vorliegen. Das Motiv zur Tat ist noch unbekannt.

### Bechtold trient den „Frohwein“

Seine Unzurechnungsfähigkeit zweimal gerichtlich festgestellt. Der Polizeikommissar A. D. Bechtold aus Bad Schmiedeberg war vom Wittenberger Schöffengericht wegen Verleumdung der Mieter Lebering und Braun sowie mehrerer Polizeibeamter zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. W hatte im Anschluß an eine Verurteilung der RSDAP, die beiden Wittenberger als Schulführer bezeichnet und mehrere Polizeibeamte ebenfalls beleidigt. In der Berufungsberatung vor der Leipziger Großen Strafkammer sprach der Angeklagte sein Bedauern über sein Verhalten aus. Die Strafkammer sprach W unter Verbilligung des Schadens des § 51 frei. Sein Verhalten sei vor vernunftwidrig gewesen, daß es nur mit der Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten zu erklären sei. Bei der Fällung der schweren Verleumdungen und Verleumdungen,

Zauber gewesen, wollten sie sich noch beleidigt fühlen. Es wurde dann, bei Stimmenthaltung der Beamten, beschloffen, einen Wochenerfüllungsstab als einmalige Beihilfe zu zahlen. Die schwierigste Lage für Dessau ist, mögen ein paar Zahlen zeigen. Das städtische Wohlfraktionsamt unterzieht zur Zeit 1509 Parteien, das sind etwa 3000 Personen. Dafür werden ganz erhebliche Summen benötigt. Bis Anfang Dezember „nur“ 1400 Parteien zu unterstützen waren, waren dazu monatlich 52 1/2 M. erforderlich. Diese Summe ist also im Augenblick noch höher und es ist nicht abzusehen, wann eine Besserung eintritt. Allein die Unterhaltung der Wohlfahrtsverlusten kostet wöchentlich rund 12 000 M.

Das unter diesen Verhältnissen der Haushaltsplan für 1931 mit einem großen Fehlbetrag abschließen wird, ist selbstverständlich.

## Eilenburg

### Gemeindevertreterkonferenz der SPD.

Am Sonntag, dem 24. Januar, vormittags 9.30 Uhr, findet im Volkshaus zu Eilenburg eine sehr wichtige Gemeindevertreterkonferenz statt. Referenten sind die Genossen Dr. P. G. (Berlin) und Raute. Zutritt nur gegen Vorzeigung der Einladung.

Die Jahresversammlung des Gesamtverbandes ernte das Ableben des Kollegen Ungermann. Den Jahresbericht gab Kollege Röhne. Die alte Verwaltung wurde bis auf zwei Personen wieder gewählt. Zu der in Frage stehenden Bezirkskonferenz wurde Kollege Röhne gewählt.

### Landarbeiter zur Eisernen Front

Aktion. Am 16. Januar fand hier eine Bezirksversammlung der Eisenfront Landarbeiter-Verbandes statt. Es war sehr besucht. Der Bezirksleiter Kollege Böhmert (Bitterfeld) sprach über das Thema „Mit unsler Fortschritt in Gefahr“. Seine Ausführungen bildeten eine Darstellung der gegenwärtigen schweren Kämpfe der freien Gewerkschaften gegen ein Unternehmertum, das die Zeit wieder gewonnen glaubt, in der eine neue Weltordnung mit nur 1918 eingeführt werden konnte. Kollege Böhmert schloß mit der eindringlichen Mahnung, jetzt erst recht der Organisation die Treue zu wahren. Was er auf gemeinschaftlichem Gebiete darzulegen hatte, ergänzte nach der politischen Seite Thema „Die Arbeiterklasse greift an“ und zeigte den Kollegen das wahre Gesicht der Nationalsozialisten und das arbeiterschaftliche Verhalten der SPD. Er forderte zum Schluß auf, sich der Eisernen Front anzuschließen. Dieser Beschlusse wurde den beiden Referenten zugebilligt. In der Aussprache wurden organisatorische Fragen von einer Anzahl der Kollegen angesprochen. Kollege Böhmert charakterisierte u. a. noch das neue Mitglied der RSDAP, T. u. a. r. h. als Angehöriger des DDB, es verstanden bar, schließlich an armen Landarbeitern zu handeln und dafür noch „Klassenkampf“ durch einen Artikel als Mitglied der „Roten Front“ willkommen heißen wurde.

deren sich nationalsozialistische Redner oder Anhänger schuldig machen, wird zu prüfen sein, ob man mehr Raum in Gefängnissen oder in Irrenhäusern schaffen muß.

## Kreis Liebenwerda

### Affäre um den Arbeiter-Gewandverein Mühlberg

Zeit längerer Zeit ist in Mühlberg die SPD, mit ihrer Wähler- und Zählungsbüro der Arbeit. Betroffen hiervon waren die Samaritaner-Salonne der Arbeiter-Zentrum und Sportverein und schließlich auch der Arbeiter-Gewandverein. Im ersten Falle wurde schon eine Vereinigung vorgeschlagen. Beim Arbeiter-Turn- und Sportverein wurde der Versuch unternommen - man vertrieh sich bereits „Kostproben“ von Woddy - daß einseitige Mitglieder gegen auch hier den Spalt des Handwerks. Im Arbeiter-Gewandverein sollte aber das Werk unbedingt vollbracht werden. Mit gemeinlichen Mitteln verfuhr man die Mitglieder einzulagern, indem die Behauptung aufgestellt wurde, der Bund erhebt erhebliche Beiträge. Auf Grund dessen wurde in einer Verammlung

nach einer Eingabe der Beschluß gefaßt, aus dem Bunde auszutreten. Statutenmäßig kann das aber nur in einer Generalversammlung geschehen. Es kam, wie es kommen mußte. Ein Teil Mitglieder trat trotz des Beschlusses dem Bunde wieder bei, während sich die Expose von nun an „Revolutionsärer Gewandverein“ nannte.

Soweit wäre die Sache in Ordnung. Aber einen Haken gibt es doch: Es war Geld vorhanden, das zum Teil in bar beim bundestreuen Kollektiv aufbewahrt wurde, zum anderen auf Sparbüchern bei der GGG, hinterlegt war. Durch Ueberempfehlung wollten die Expose-Stelle Gelder auch für bringen. Die Revolver, in der das Geld „geheimt“ werden sollte, fand zwar statt, aber „geheimt“ wurde nicht. Man verfuhr man, das GGG-Guthaben für die SPD-Kasse flüssig zu machen.

Die Revolutionäre geben sich als „bundestreuen“ aus. Doch das Eingangsverbot wurde auch hier aufgehoben. In der Befehle des bundestreuen Verein gehobenen Eigentums zu gelangen, mußte zur gerichtlichen Entscheidung gekehrt werden. Die „Revolutionsäre“ glaubten sich an „ihren“ Sieg. Die Entscheidung aber eine Generalversammlung, in der ein Austritt mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen sei (nur von denjenigen, die vor der Spaltung dem Arbeiter-Gewandverein angehört). In aller Eile wurde nun auch eine solche Generalversammlung anberaumt. Die Aktion wurde ergebnislos.

Beschluß (gegen eine Stimme), dem Bunde wieder beizutreten. Nach all dem Vorhergegangenen muß man über diesen Beschluß schließlich doch erstaunt sein. Es fragt sich nun: Ist das Geld die Ursache oder nicht man mit der vorgeschriebenen Einrentenzeit? Sei es wie es sei, die Bundestreuen sind auch weiterhin nachzudenken!

## Sport und Spiel

### Ein Jahr Regatta-Klub Halle

Trotz Kassei reger sportlicher Betrieb. Die Generalversammlung des Regatta-Klubs Halle fand am 19. Januar im Volkspark statt. Der 1. Vorsitzende, Genosse Albert Müller, gab den Beschlußbericht. Erfreulicherweise habe der Verein im Vorjahr sein Hauptziel erreicht, den Bau eines eigenen Boothauses. Anschließend berichtete der Kollege, Genosse W. Herzig, vom Stand der Dampf- und Wasserfahrtskiffe; er forderte die Mitglieder zu erhöhter Mitarbeitigkeit auf.

Ueber den sportlichen Betrieb machte Genosse D. Schöppl nähere Mitteilungen. Die Saison in der Abteilung hielt in der neuen Halle, die 221 Liebungsbahnen ab, an denen sich 1035 Personen beteiligten. Im Sommer wurden einige Schwimmwette beachtlich und mehrere Wasserballspiele ausgetragen. Die Mannschaft wurde von besonders aktiv denn sie führte 15 Partien (1930: 25) durch, dabei wurden 8105 Freidrittelmeter (1500: 1000: 1000) geschossen. Die Abteilung betrieblieh sich an mehreren Wasserballwettkämpfen und an zwei Regatten. Wichtigste wurde eine Fernrennen von Gochwitz nach Halle unternommen. Ferner führten vier Genossen mit ihren Booten nach Wien. Die Handballspieler beteiligten sich im vergangenen Jahre an zwei Mannschaften. Sie erzielten gute Durchschnittsergebnisse. Die erste Mannschaft betrieblieh sich an der Serie. Die Form der Mannschaften war mäßig, da oft Spieler ersetzt werden mußten, die sich nicht in anderen Sportarten aktiv betätigten. Zur Zufriedenung wurden an 37 Abenden abgehalten, es beteiligten sich 575 Genosseninnen und Genossen. Der Besuch war hier noch besser, wobei die Reinerträge Gruppe war sehr aktiv, sie beteiligten sich an mehreren Benefizveranstaltungen. Die Festabteilung wirkte ebenfalls an mehreren Veranstaltungen mit, u. a. in der Dürrenberg bei den Arbeiter-Sportarten. Der gesamte sportliche Betrieb hielt sich demnach trotz der Krise auf dem Höhe des sportlichen. Mitglieder-Verammlung am 27. Januar. Der letzte Abendsportabend wurde wieder gewählt. Der Verein bezieht am 5. März im Volkspark die Feier seines 5. Stiftungsjahres.

### Wasserballer wollen Handball üben ...

Spiele Halle I - Arbeiter-Wasserballverein Halle I. Kürzlich hatte der Arbeiter-Wasserballverein Halle I. Handballmannschaft von „Spiele“ zu einem Abendspiel im Wasserballstadion. Die ersten Wasserballer hatten gerade zu tun, „Spiele“ mit 40 niederkämpften. Jetzt will man das Handballspiel in Halle I. Die Wasserballer wollten unbedingt etwas gewinnen, doch sie auf diesen Gebiet, mindestens ebenso glücklich abscheiden. Können sie es auf den Versuch antworten. Für alle Fälle bringe man Wasser und Bleistift mit. Da dieses Treffen einen interessanten Verlauf nehmen wird, finden sich alle Sportler am kommenden Sonntag 10 Uhr auf dem Spitz-Sportplatz ein.

### Schachwelt am Hof

Drei Arbeiter-Schachvereine Halle 1931 II - Arbeiter-Schachverein Ammerort II 32:54. Unter der Leitung „Schachwelt“ veranstaltete am 13. Januar obige Vereine einen Freundschaftskampf. Während die II. Ammerort am Ammerort auf in Erfahrung ist, hatte Halle Schachpunkte in der Mannschaftenbeziehung. Wie dieses Spiel trat Halle zum erstenmal mit einer II. Mannschaft an. Gewinnt seien hierbei die drei Jungerwerbsschaffler Seidel, Philipp und Zimmer, die gute Partien spielten. Der nächste Schachweltkampf findet in Ammerort statt.

### Gezietkampfs in Bendorf

Die Einzelkämpfer liegen über Niederleben und Geitzfeld. Am 17. Januar veranstaltete der Turnverein Bendorf einen Geizfeldkampfs, an dem sich auch Niederleben und Geitzfeld beteiligten. Es wurden Leistungen gezeigt, die aller Anerkennung wert sind. Das Resultat war für manche verblüffend. Gingen doch schon Gerüchte herum, daß der Turnverein Bendorf bald am Ende sei. Nun mußte man erleben, daß er in diesem Kampf mit hoher Leistung siegreich blieb. Seine Mannschaft erreichte die Punktezahl von 587, während Niederleben 568 Punkte und Geitzfeld 584 Punkte auf sich vereinigen.

### Sportmattische Bekannmachungen

- 6. Bezirk. (Handball). Spiele für Sonntag, den 24. Januar: 11 Uhr: Ammerort II - Bendorf II (Niederleben). 12 Uhr: Regatta-Klub I gegen Bendorf II (Niederleben). 13 Uhr: Schachwelt I - Bendorf II (Niederleben). 14 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 15 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 16 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 17 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 18 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 19 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 20 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 21 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 22 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 23 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 24 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 25 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 26 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 27 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 28 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 29 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 30 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 31 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 32 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 33 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 34 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 35 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 36 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 37 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 38 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 39 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 40 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 41 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 42 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 43 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 44 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 45 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 46 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 47 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 48 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 49 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 50 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 51 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 52 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 53 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 54 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 55 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 56 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 57 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 58 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 59 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 60 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 61 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 62 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 63 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 64 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 65 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 66 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 67 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 68 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 69 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 70 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 71 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 72 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 73 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 74 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 75 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 76 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 77 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 78 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 79 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 80 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 81 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 82 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 83 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 84 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 85 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 86 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 87 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 88 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 89 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 90 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 91 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 92 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 93 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 94 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 95 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 96 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 97 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 98 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 99 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben). 100 Uhr: Bendorf II - Ammerort II (Niederleben).

Zentralheizungen insbesondere Etagenheizungen preiswert und zuverlässig Hallesche Röhrenwerke A. G., Halle (Saale), Fernsprecher 26930



# Die Sicherheit in der Fliegerei

## Der neue Dornier-Typ Größere Geschwindigkeit — Größere Wirtschaftlichkeit

Seit langem ist die Fliegerei nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Flugzeuge zu steigern, denn der Luftverkehr ist in wirtschaftlicher Hinsicht immer noch ein Schmerzenskind. Mit dem neuen Dornier-Flugzeug Do. K, das am 25. März in Berlin zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt wurde, scheint in dieser Richtung ein wesentlicher Schritt vorwärts getan zu sein.

### Man sitzt schalldicht!

Do. K ist 16,55 Meter lang, hat eine Flügelspannweite von 25 Metern bei einer Höhe von rund 4 1/2 Metern. Der Rumpf wird in Stahlrohrschalen-Konstruktion ausgeführt. Das mit Bespannungsmaterial bedeckte Dehlmittelspannen wurden auf das Fachwerk aufgelegt, und geben ihm eine gute Stromlinienform. Besondere Wert wurde darauf gelegt, daß die wichtigsten Knotenpunkte in der Konstruktion, die bei einem Dauerbetrieb besonders beansprucht sind, auch im Flug ständig überwacht werden können.

Der Führer ist, wie allgemein üblich, vorn angeordnet. Dann folgen der Flugraum und ein Vorraum mit Toilette; außerdem sind drei Gepäckräume vorgesehen. Der durch Isolierverglasung abgetrennte Führerraum ist mit Doppelverglasung ausgerüstet. Das Oberlicht, das über jedem Führerpaß verstellbar angeordnet ist, dient auch gleichzeitig als Notausgang. Alle Schalthebel sind zentral eingebaut. Die Führerflügel sind verstellbar und können den Körper der Piloten angepaßt werden.

Der zehn Personen fassende Flugraum ist durch eine schalldichte Trennungswand vom Führerflügel abgetrennt. Der Flugflügel wird diese Schalldichtung als eine besondere Annehmlichkeit empfinden. Das Motorengeräusch ist zum erstenmal wirklich auf ein Minimum abgedrosselt.

### Viermal 240 PS

Der freitragende, d. h. nicht verpannte Flügel ist pfeilförmig gestaltet und direkt auf dem Rumpf montiert. In den Flügeln sind auch die je 800 Liter fassenden Brennstoffbehälter untergebracht, aus denen der Brennstoff in die Motoren durch ein natürliches Gefälle zufließt.

Das Flugzeug ist mit vier festlich montierten, luftgetriebenen Malscher-Gator-Motoren von je 240 PS ausgerüstet, so daß je 1000 PS das Flugzeug antreiben. Die Höchstgeschwindigkeit soll 227 Kilometer in der Stunde betragen. Die Reisegeschwindigkeit, wie sie wirtschaftlich auf längere Dauer durchgehalten werden soll, wird mit 200 Kilometer angegeben. Falls vier Motoren arbeiten, kann das Flugzeug bis auf 4500 Meter steigen. Bei drei Motoren erreicht die Maschine immer noch eine Gipfelhöhe von 3500 bis 4000 Meter, d. h. es kann immer noch dieselbe Höhe halten, wie sie bei den heute in Betrieb befindlichen Verkehrsflugzeugen üblich ist. Falls das Flugzeug nur mit zwei Motoren fliegt, ist es immer noch imstande, eine Höhe von 1000 Metern einzuhalten.

Durch die Verteilung des Antriebs auf vier Motoren wird die Sicherheit des Flugzeuges ganz erheblich gesteigert. Erst bei der viermotorigen Anordnung ist bei Ausfall eines Motors noch genügend Kraftreserve vorhanden, um ohne Ueberanstrengung der übrigen Motoren noch die größte Flughöhe erzielen zu können. Trotz der großen Reichweite genügt sich bei den Probe-Flügen, daß die Landung außerordentlich leicht und flügel vorstehend geht. Das für Start und Landung vorgesehene Fahrwerk besteht

aus zwei Hauptrollen und einem am Hinterteil des Flugzeuges schwenkbar im Rumpf gelagerten Spornrad. Die Räder sind ebenfalls brominierenförmig verbleit und mit Bandbremsen versehen, so daß der Auslaufweg bei der Landung sehr kurz ist.

### Die Nachtflug-Maschine

Durch die Geschwindigkeitssteigerung, die im amerikanischen Luftverkehr schon seit langem üblich ist, wird das Flugzeug Do. K wirtschaftlicher arbeiten als die sonst im deutschen Luftverkehr eingesetzten Maschinen. Bemerkenswert ist, daß die Geschwindigkeitssteigerung ohne Verbrauch von Betriebsmitteln erzielt wird. Es ist auch dem Piloten klar, daß schnellere Flugzeuge eine größere Anzahl von Flügen leisten können als langsamere. Wichtig ist für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des neuen Flugzeuges auch die Tatsache, daß es billiger geliefert wird als die üblichen deutschen Verkehrsflugzeuge, und daher auch einen geringeren Kapitaldienst erfordert.

Schnelle und sichere Flugzeuge steigern selbstverständlich auch die Wirtschaftlichkeit des Luftverkehrs. Je größer der Geschwindigkeitsunterschied ist zwischen dem Flugzeug und dem sonst üblichen Verkehrsflugzeug, desto niedriger die wirtschaftlich arbeitenden Maschinen der Fliegerei angelegt werden kann, um so größer wird die Zahl der Flüge, um so besser die Ausnutzungsmöglichkeit des vorhandenen Flugzeugparkes. Flugzeuge mit dem Eigenschaften des Do. K eignen sich insbesondere für die Einleitung auf Strecken, die keine Notlandemöglichkeiten bieten. Man kann sie mit Erfolg im Nachtflugdienst einsetzen, der besonders sicher arbeitende und mit großer Kraftreserve ausgestattete Maschinen erfordert. Darüber hinaus wird Do. K als Expeditionsflugzeug für die Verwendung in unerschlossenen Gebieten sowie auch für Pilotenflüge besonders geeignet sein.

# Die Bluttat im Berliner Norden

## Der neueste schwere Landfriedensbruch der Hitler-Leute

Aus Berlin wird gemeldet:

Im Laufe des Dienstags und des Mittwochvormittags sind nahezu sämtliche Teilnehmer an dem nationalsozialistischen Landenüberfall auf die Laubentolonia festgesetzt worden.

Der nationalsozialistische Landenüberfall auf die Laubentolonia soll immer noch in einem „Rotmordüberfall“ umgeteilt werden. Die Zeitung der SA in Berlin führt die Dringlichkeit, eine heuchlerische Erklärung zu erteilen, in der es heißt, daß Teile von Berlin sich bereits mitten im Bürgerkrieg befinden, und daß aller strengste Maßnahmen gegen den unerhörten Terror ergriffen werden müßten.

Wir sind auch für allerstrengste Maßnahmen; denn nach den Tatsachen, die bisher bekannt geworden sind, ist die nationalsozialistische Verleumdung eingeleitet worden, um nach Festsetzung zu marschieren. Diese Verleumdung war also lediglich ein Sammelplatz für einen Landenüberfall!

Wir sind um so mehr für strengste Maßnahmen, da es sich im Falle Klänge offenbar um einen Mord handelt!

Die Polizei hofft, den Überfall schnellstens rekonstruieren zu können. Außer den am Tatort verhafteten Nationalsozialisten sind gestern und heute nahezu alle Teilnehmer an dem nationalsozialistischen Landenüberfall festgesetzt worden.

Nach dem Myster der nationalsozialistischen Presse verurteilt die Reichspresse immer noch, das Morden von den „kommunistischen Landentolonia“ und dem „Rotmordüberfall“ aufrechtzuerhalten. Die Blätter, die die nationalsozialistische Bande mit Sägen zu decken versuchen, haben es nicht für nötig gehalten, den Tatort besichtigen zu lassen. Sie hätten aus den unglücklichen Einwohnern in den Wohnhäusern sonst feststellen können, wo er dort geschossen hat!

Den Vogel schießt die „Deutsche Zeitung“ ab, die heute morgen noch mit aller Dringlichkeit erklärt:

„Die Politische Polizei hat festgestellt, daß es sich um einen planmäßig vorbereiteten kommunistischen Angriff handelte.“

Genau das Gegenteil davon ist richtig!

Dieser Zug der 200 Nationalsozialisten in die Laubentolonia soll eine echte Bürgerkriegsaktion, und die Reichspresse fabriziert dazu die Schuldige gegen die Überfallisten!

## Ergebnis der Inventurausverkäufe Guter Abschluß

Die jetzt beendeten Inventurausverkäufe haben durchweg einen starken Erfolg gehabt. Die Bemerkung bürgert sich mehr ein, Käufe aufzugeben und bei Inventurausverkäufen um einiges billiger an die Ware zu kommen. Es war das Bemerkenswerteste in dem Inventurausverkauf ab, der alle Erwartungen übertrafen hat. Vorratmäßig dürfte der Umsatz auf der Höhe des Vorjahres liegen, wennmäßig liegt er selbstverständlich darunter, weil sich die Preisentwertung auswirkt. In den Lägern sind große Mengen entlassen, was natürlich den Anbittern durch stärkeren Verkaufsdruck zugute kommen wird.

Gesamt wurden vor allem Bekleidungs-, Woll- und Strickwaren, dann auch Unterbekleidungs-, Tricotwaren, Tisch- und Bettwäsche, ein großer Anteil warmer Schuhe. Auch in Haushaltsartikeln (Scheit) man gut abgegriffen zu haben. Umgekehrt wurde auch viel Porzellan.

## Die Ernennung von Notaren

In einer kleinen Anfrage des nationalsozialistischen Abgeordneten Rube worden vor dem Ministerialrat Dr. Goldschmidt, der Sachbearbeiter für Angelegenheiten der Rechtsanwände und Notare im Preussischen Justizministerium, erhoben worden. Insbesondere wurde im Anschluß an einen Einzelfall behauptet, daß er sich bei der Ernennung von Notaren in Berlin in diesem Punkt unglücklich verhalten hätte. Wie der Minister Preussische Justizminister teilte, hat der preussische Justizminister in seiner Antwort auf die kleine Anfrage erklärt, daß Dr. Goldschmidt die Ernennung von Notaren stets in völlig einwandfreier Weise nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen und ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten bearbeitet habe, und daß die im einzelnen Fälle wie allgemein erhobenen Angriffe jeder Begründung entbehren. Dr. Goldschmidt genieße auch nach Erklärungen der Anwaltsorganisationen nach wie vor das volle Vertrauen der deutschen Anwaltschaft.

## Wer hilft den Faschisten? Die Kommunisten!

## Gollnow wird Gefängnis

Das Zuchthaus Gollnow soll wieder Zentralgefängnis werden. Die dort inhaftierten Zuchthäuser werden in drei Anstalten unterteilt. Die Maßnahmen werden damit begründet, daß die freie Lage der Gefängnisse, die wegen ihrer hohen Zahl von Ausbrechern verhängt war, Entweichungen begünstigte und die Verfolgung erschwerete. Der Teil der Anstalt, in dem bisher die zur Festung bestimmten politischen Gefangenen untergebracht waren, soll in absehbarer Zeit Werkstättengebäude werden.

## Gefrandeter Fischdampfer

In den Schären bei Koperov (Norwegen) ist der Turbaner Fischdampfer „Hissenbo“ im Ort angetrieben. Das Boot, in dem sich der Mann starke Befragung aus Ufer treten wollte, jedoch ein Ein Matrose erkrankt, die 15 anderen Schiffbrüchigen erstleuten nach hartem Kampf mit den Welen das Ufer.

## Börsen, Märkte und Handel

### Berliner Getreidebörse vom 20. Januar

	19. Januar (ab mittägliche Station in West)	20. Januar (ab mittägliche Station in West)
Weizen	227-230	227-230
Roggen	197-199	197-199
Gerste	188-190	188-190
Hafer	156-160	156-160
Getreide	196-198	196-198
Getreide	27,00-27,25	27,00-27,25
Getreide	27,00-27,25	27,00-27,25
Getreide	9,00-9,25	9,00-9,25
Getreide	9,00-10,00	9,00-10,00

# Die Erdrosselung der Stieftochter

## Neun Jahre Zuchthaus gegen den Mörder der Gerda Kalisch

Vom Schwurgericht beim Landgericht III Berlin wurde am Mittwoch der 40jährige Arbeiter Hans Wapke, der am 9. Juli vorigen Jahres im Grunewald bei Berlin seine 17jährige Stieftochter Gerda Kalisch erdrosselt hat, wegen Totschlags und wiederholten Sittensverbrechens zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt; ferner erkannte das Gericht auf 5 Jahre Ehrverlust.

Wapke hat zu seiner Stieftochter Gerda Kalisch seit dem Jahre 1928 in intimen Beziehungen gestanden. Im letzten Sommer hatte Gerda Kalisch die Bekanntschaft eines jungen Mannes gemacht. Wapke fürchtete, daß Gerda dem Freund eines Tages von den Beziehungen zwischen Vater und Stieftochter erzählen würde und begab deshalb seit längerer Zeit den Plan, sich des Kindes zu entledigen. Trotzdem unterstellte das Gericht sowohl in der Anklage als auch im Urteil, daß das während einer gemeinsamen Radtour ausgeführte Verbrechen selbst in hochgradiger Erregung geschahen ist.

Der Angeklagte schilderte die Tat mit folgenden Worten: „Ich sah mit Gerda auf einer Bank. Als ich mich ihr näherte, sagte sie: „Jetzt mache ich überhaupt Schluss.“ Dann wurde sie auch noch freudig. Ich gab ihr eine Ohrfeige. Es kam zu einem Kampf. Ich kam nun so in Rage, daß ich die Gerda rücklings auf die Bank warf und ihr gleichzeitig mit beiden Händen die Kehle fest zubrückte. Sie rief um Hilfe und versuchte, mich abzumaneuvrieren, aber daß ich sie leben lassen sollte, zweimal beteierte sie so. Ich hatte aber kein Mitleid mit ihr, denn ich war zu wütend an dem Abend und wollte sie töten. Gerda hörte auf zu schreien, als ich ihr den Strick um den Hals gelegt hatte. Nun nahm ich das Ende des Bindfadens in die Hand und schneidete sie eine Strecke fort. Weshalb ich das tat, weiß ich nicht.“ Der Angeklagte hat sich nach kurzer Zeit der Polizei selbst gefasst. Seine Tätergestalt war bereits ermittelt worden.

Der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Werneburg bezeugte, daß auf Grund seiner Radforschungen eine Wulbung von Angst, Wut und Eifer suchte als Motiv der Tat zu gelten habe. Die Ehefrau des Angeklagten verweigerte die Auslage der Anträge des Staatsanwalts lautete auf eine Gefängnisstrafe von 12 Jahren Zuchthaus. Während Umstände seien zu verlangen. Auch das Gericht verzichtete auf Anerkennung mildernder Umstände. Die Urteilsverkündung betonte die Brutalität der Tat. Der Verbrechen mit der Stieftochter wurde als Bluttat anbe angesehen.

## Drei Großschwindler verhaftet

### Ein guter Fang der Berliner Kriminalpolizei

Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Dienstag gegen Abend drei internationale Betrücker, die mit österreichischen, russischen und luxemburgischen Pässen verfahren waren.

Die Verhaftung erfolgte in dem Augenblick, als die Betrüger im Begriff standen, einen größeren Betrag ungarischer Zahlungsmittel zu wechseln. Im Zusammenhang mit der Verhaftung wurden später noch zwei Personen festgenommen, die bei dem Einbruch im Finanzamt Essen am 15. Oktober vorigen Jahres für 350.000 Reichsmark erbeutet haben. Bei einem am gleichen Abend festgenommenen Totschläger und Dieb, einem bekannten Kaufmann Welfenshof aus Warschau, wurden für 100.000 Mark dieser Wertmarken gefunden.

## Salaban nur Selber?

Der vor einigen Tagen in Berlin-Bahnhof verhaftete Faschismünder Salaban bleibt bei seinem Verhör vor dem Untersuchungsrichter in Wobbit dabei, daß er bei seinen Währungsänderungen einen Mittäter gehabt habe. Angeblich soll der Mittäter den Namen Christlan tragen. Salaban erklärt, daß Christlan die treibende Kraft gewesen sei und daß er sich mit ihm nur eingelassen hätte, weil er in Notlage gewesen wäre.

Die Verteidiger des Ehepaares Salaban machen geltend, daß die Beihilfe der Frau Salaban darauf zurückzuführen sei, daß sie zu ihrem Mann in einem üblichen Verhältnisverhältnis stehe. Frau Salaban beteuerte ihren Mann im Alter von 17 Jahren. Es war eine Heirat. Aus Liebe zu ihrem Mann hätte Frau Salaban auch das Fahngeld vertrieben.

Die Ermittlungen der Polizei nach dem Verbrechen des Faschismünder haben u. a. auch ergeben, daß Salaban in den Jahren

## Schleppflug nach Davos

Das Segelflugzeug des deutschen Segelfliegers Groenhoff wurde von einem Schweizer Eindecker vom Zürcher Jagdflieger Dubendorf in 2000 Meter Höhe gefloht, dann nach Groenhoff hinsetzt und erreichte glatt den Danower See. Groenhoff beschäftigt Schlepp- und Kleinsegelflüge im Stigebiet des Parcken (2600 Meter) zu unternehmen.

## Bergung auf „Karften-Zentrum“

Auf der Karften-Zentrum-Grube bei Drauzen ist die Leiche eines dritten Verunglückten geborgen worden. Es ist der verheiratete Gener. Hag Kard.

## Bluttat in Memmingen

In Memmingen (Schwaben) erschlug ein Hilfsarbeiter seine 16jährige Tochter und verlor sie Frau und seinen Sohn durch Messerhiebe lebensgefährlich. Der Täter selbst brachte sich einen Schnitt am Hals bei. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Die jüngste Bluttat scheint durch Familienzwistigkeiten angefaßt worden zu sein.

